

VORBERICHT zum Haushalt 2023

Nach § 1 Abs. 2, Ziffer 1 i. V. m. § 7 KomHVO NRW ist dem Haushaltsplan ein Vorbericht beizufügen, der einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplans geben soll.

Der Vorbericht soll u. a. Aussagen darüber enthalten:

- wie sich die wesentlichen Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen, das Vermögen, die Verbindlichkeiten und die Zinsbelastungen sowie die Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährverträgen und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften in den beiden dem Haushaltsjahr vorangegangenen Haushaltsjahren entwickelt haben und voraussichtlich im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraums entwickeln werden,
- wie sich das Jahresergebnis und das Eigenkapital im Haushaltsjahr und in den dem Haushaltsjahr folgenden drei Jahren entwickeln werden und in welchem Verhältnis diese Entwicklung zum Deckungsbedarf des Finanzplans steht,
- welche wesentlichen Investitionen, Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen im Haushaltsjahr geplant sind und welche Auswirkungen sich hieraus für die Haushalte der folgenden Jahre ergeben,

Ausgangslage:

Die Stadt Siegen befand sich von 2009 bis 2011 aufgrund der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im sog. „Nothaushalt“.

Seit 2012 wurde das jeweilige Haushaltssicherungskonzept vom Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein genehmigt. Zunächst war das Erreichen des strukturellen Haushaltsausgleichs im Jahr 2017 vorgesehen. Das Ausgleichsjahr wurde in 2013 nach 2020 und in 2015 in das Jahr 2022 verschoben.

Der Haushalt 2022 weist einen Überschuss von rd. 0,3 Mio. € aus. Das jahrelange Ziel „Haushaltsausgleich in 2022“ wurde somit erreicht. Aktuell wird davon ausgegangen, dass sich das Jahresergebnis insbesondere wegen erheblicher Mehrerträge bei der Gewerbesteuer **deutlich** verbessert.

Zusammenfassende Darstellung der Jahre 2009 – 2022 (seit Einführung NKF):

Jahr	Defizit/Überschuss lt. Planung	Defizit/Überschuss Ergebnis	Genehmigung HSK
2009	-23,3	-43,2	Kein Erfordernis
2009 Nachtrag	-40,5	-43,2	Nein
2010	-45,9	-30,5	Nein
2011	-33,9	-24,9	Nein
2012	-22,5	-25,9	Ja
2013	-15,6	-25,8	Ja
2013 Nachtrag	-25,9	-25,8	Ja
2014	-29,1	-37,6	Ja
2015	-25,0	-30,5	Ja
2016	-20,3	-13,8	Ja
2017	-18,9	-6,8	Ja
2018	-13,7	-6,8	Ja
2019	-5,1	-1,2	Ja
2020	-6,8	-5,9	Ja
2021 *	3,9	0,0	Ja
2022 *	0,3	12,0	Ja

* Prognose

In den letzten Jahren fielen die Ergebnisse immer besser aus als es die Planung vorsah. Die Jahre 2020 bis 2022 müssen natürlich vor dem Hintergrund der Covid19-Pandemie und der entsprechenden Gesetzgebung des Landes NRW gesondert betrachtet werden.

Die Höhe der Kassenkredite ist seit Beginn des Jahres 2009 von rd. 90 Mio. € auf aktuell rd. 210 Mio. € angestiegen. Dies bedeutet einen Anstieg von rd. 120 Mio. € in einem Zeitraum von 14 Jahren. Seit 2017 ist eine Stagnation bzw. insbesondere in 2021 und 2022 sogar ein deutlicher Abbau der Höhe der Liquiditätskredite eingetreten. In 2022 war es temporär sogar möglich, erstmals wieder unter 200 Mio. € an Kassenkreditbestand auszuweisen! Mit einem Bestand von unter 200 Mio. € wird auch zum 31.12.2022 gerechnet.

1. ERGEBNISPLAN 2023

Vorbemerkung:

Im Jahr 2022 ist es gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Es liegen derzeit gesicherte Erkenntnisse vor, dass sich die „schwarze Null“ auch im Ergebnis 2022 wieder spiegelt. Vielmehr wird sogar davon ausgegangen, dass eine deutliche Verbesserung eintritt.

Infolgedessen ist die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes in 2023 nicht mehr obligatorisch, sondern richtet sich nach den Voraussetzungen des § 76 GO NRW.

Diese Voraussetzungen liegen nicht vor. Insofern ist die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes entbehrlich.

Am 24.02.2022 begann die vom russischen Präsidenten Putin befohlene Invasion, die auf das gesamte Staatsgebiet der Ukraine zielt und den seit 2014 schwelenden Russisch-Ukrainischen Krieg eskalieren ließ. Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Kon-

fliktes führen zu Belastungen des Haushaltes, deren Ausmaß jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht seriös beurteilt werden kann.

Die Unterbringung und Integration von flüchtenden Menschen aus den Kriegsgebieten zählt zu der sozialen Verantwortung der Kommunen. Die Unsicherheit bei der Erdgasversorgung hat zur Folge, dass der Preis für Erdgas am Markt stark angestiegen ist und erwartungsgemäß auch weiter ansteigen wird - bei der Preisentwicklung für Strom zeigen sich vergleichbare Effekte.

Zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit hat der Landtag am 17.09.2020 das Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land NRW (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz – NKF-CIG) verabschiedet.

Um die kommunalen Haushalte auch nach 2022 tragfähig zu halten und so die Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen, liegt derzeit ein Gesetzentwurf zur Anpassung des NKF-CIG vor, in welchem Regelungsinhalte für die Aufstellung der Haushaltssatzungen der Jahre 2023 bis 2026 ergänzt und um die Anwendung auf Haushaltsbelastungen infolge des Krieges in der Ukraine erweitert werden.

Der Titel des Gesetzes wird in „Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz – **NKF-CUIG**)“ geändert.

Demnach ist -wie bereits bei der Haushaltsplanaufstellung 2021/2022 getätigt- bei der Aufstellung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 letztmalig die Summe der auf das Haushaltsjahr infolge der COVID-19-Pandemie entfallenden Haushaltsbelastung durch Mindererträge beziehungsweise Mehraufwendungen zu prognostizieren und als außerordentlicher Ertrag in den Ergebnisplan aufzunehmen.

Durch den vorliegenden Gesetzesentwurf wird analog der Verfahrensweise bei den coronabedingten Haushaltsbelastungen die Möglichkeit geschaffen, für die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine ebenfalls einen außerordentlichen Ertrag im Ergebnisplan aufzunehmen. Dem Gesetzesentwurf zur Folge wird bestimmt, dass die Isolierung von kriegsbedingten Haushaltsbelastungen im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung letztmalig für das Planungsjahr 2026 erfolgt.

Die mit dem Jahresabschluss 2020 erstmalig anzusetzende Bilanzierungshilfe ist beginnend im Haushaltsjahr 2026 über längstens 50 Jahre erfolgswirksam abzuschreiben. Mit dieser Abschreibung beginnt die aufwands- und somit ergebnisbezogene Abwicklung der pandemiebeziehungsweise kriegsbedingten Haushaltsbelastungen im kommunalen Haushalt. Alternativ steht den Gemeinden im Jahr 2025 für die Aufstellung der Haushaltssatzung 2026 das einmalig auszuübende Recht zu, die Bilanzierungshilfe ganz oder in Anteilen gegen das Eigenkapital erfolgsneutral auszubuchen. Die zugehörige Nebenrechnung der für die Haushaltsplanjahre 2023 – 2026 ermittelten Isolationsbeträge ist dem Vorbericht als **Anlage 1** beigelegt.

Ergebnisplan	2022	2023	2024	2025	2026
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
Ordentliche Erträge	334.034.185	362.394.500	364.994.100	377.943.350	389.656.150
Ordentliche Aufwendungen	341.224.360	372.383.650	366.798.038	371.379.175	376.756.856
Ordentliches Ergebnis	-7.190.175	-9.989.150	-1.803.938	6.564.175	12.899.294
Finanzerträge	5.730.800	5.386.800	4.926.800	4.926.800	4.911.800
Zinsen, sonstige Finanzaufwendungen	3.909.000	5.498.600	6.093.100	6.687.400	6.981.500
Finanzergebnis	1.821.800	-111.800	-1.166.300	-1.760.600	-2.069.700
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-5.368.375	-10.100.950	-2.970.238	4.803.575	10.829.594
Außerordentliche Erträge	5.710.000	11.056.000	4.470.000	3.471.000	2.660.000
Jahresergebnis	341.625	955.050	1.499.762	8.274.575	13.489.594

Der Ergebnisplan 2023 weist zunächst ein Minus von rd. – 10,1 Mio. € aus. Unter Hinzurechnung eines außerordentlichen Ertrags in Höhe von rd. 11,1 Mio. € beträgt das Jahresergebnis rd. + 1 Mio. €. Auch in den Planungsjahren 2024 – 2026 werden Überschüsse ausgewiesen.

Der Corona/Ukraine-Schaden (vgl. Anlage zum Vorbericht) beträgt im Planungszeitraum in Summe rd. 21,7 Mio. €. (zzgl. Corona-Schaden 2020 - 2022 rd. 8,8 Mio. €).

Wie bereits erwähnt, ist im Zuge der Aufstellung der Haushaltssatzung für das Jahr 2026 zu entscheiden, ob die Bilanzierungshilfe vollumfänglich oder in Teilen bilanziell neutralisiert werden kann oder diese einer jährlichen Abschreibung bedarf, die längstens bis zu 50 Jahre andauern darf. Dies würde bedeuten, dass die jährliche Abschreibung rd. 0,6 Mio. € (=Haushaltsbelastung!) beträgt. Die Wahl der Abschreibungsdauer obliegt den Kommunen.

Dem Haushalt 2023 beizufügen ist gem. § 1 Abs. 1, Ziffer 7 KomHVO u.a. die Ergebnis- und Finanzrechnung sowie die Bilanz des Jahres 2021. Es reicht der vom Bürgermeister bestätigte Entwurf. Der Jahresabschluss 2021 liegt – wie bekannt - noch nicht vor. Kämmergeitig wird angestrebt, den Jahresabschluss 2021 im 1. Quartal 2023 fertigzustellen und sodann beizufügen.

1.1 ERTRÄGE

Die **Erträge des Ergebnisplans** beziffern sich insgesamt auf rd. 378,8 Mio. €. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

Steuern und ähnliche Abgaben	171.652.600 €	45,3%
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	128.965.350 €	34,0%
sonstige Transfererträge	3.650.000 €	1,0%
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	30.856.700 €	8,1%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.100.350 €	1,6%
Kostenerstattungen und Umlagen	9.186.100 €	2,4%
Sonstige ordentliche Erträge	10.883.400 €	2,9%
Aktiviertete Eigenleistungen	1.100.000 €	0,3%
Finanzerträge	5.386.800 €	1,4%
außerordentlicher Ertrag	11.056.000 €	2,9%
SUMME ERTRÄGE	378.837.300 €	100,0%

a) Steuern und ähnliche Abgaben

Insgesamt wird mit um rd. 10,8 Mio. € höheren Steuererträgen als im Vorjahr (Plan) gerechnet.

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Steuern und ähnliche Abgaben	160.837.600	171.652.600	10.815.000	6,72%

Name	2022	2023	2024	2025	2026
Grundsteuer A	22.600	22.600	22.600	22.600	22.600
Grundsteuer B	21.950.000	22.100.000	22.250.000	22.400.000	22.550.000
Gewerbsteuer	69.000.000	75.000.000	78.000.000	83.000.000	86.000.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	50.700.000	53.500.000	55.850.000	59.400.000	62.350.000
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	12.500.000	12.800.000	13.400.000	13.800.000	14.050.000
Vergnügungssteuer	1.700.000	1.900.000	1.900.000	1.900.000	1.900.000
Wettbürosteuer	150.000	0	0	0	0
Hundesteuer	525.000	540.000	540.000	540.000	540.000
Zweitwohnungssteuer	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000
Leistungen n.d. Familienleistungsausgleich §21 GFG	4.200.000	5.700.000	5.500.000	5.800.000	5.950.000
SUMME	160.837.600	171.652.600	177.552.600	186.952.600	193.452.600

Gewerbsteuer nach Ertrag

Die Ergebnisse der Jahre 2013 – 2021 lagen zwischen 46,6 und 71,1 Mio. Der HH-Ansatz 2022 wurde auf 69 Mio. € festgesetzt.

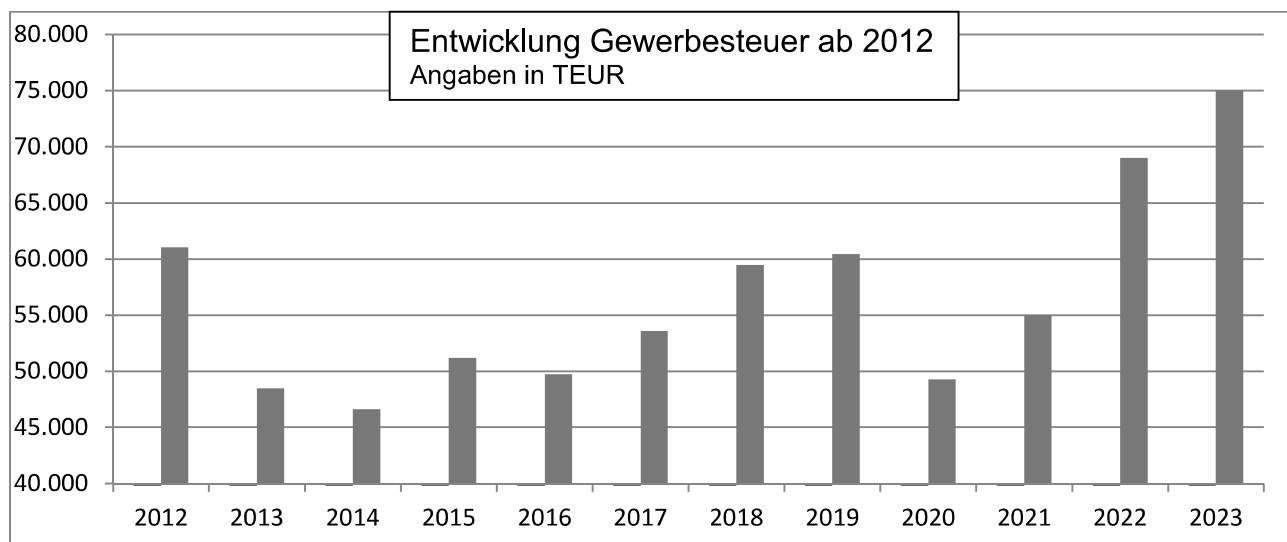
Das momentane Aufkommen beträgt mehr als 85 Mio. €.

Der Blick in die Zukunft ist jedoch in der aktuellen Gemengelage so schwierig wie nie zuvor.

Es ist nach Aussage vieler führender Ökonomen nicht davon auszugehen, dass die Wirtschaft weiter wächst und mehr Steuererträge vereinnahmt werden können. Vielmehr ist mit einer deutlichen Abschwächung der Konjunktur (Rezession) mit nicht unerheblichen Mindererträgen zu rechnen. Inwieweit sich dies dann auf die Höhe der Gewerbesteuererträge in

2023 und den Folgejahren konkret auswirkt, ist so gut wie nicht zu prognostizieren. Zudem dürfte die Entwicklung auch sehr stark von Kommune zu Kommune schwanken und abhängig sein vom Unternehmensportfolio in der jeweiligen Region.

Lt. den aktuellen Orientierungsdaten des Landes soll diese Ertragsart in 2022 dagegen um rd. 4,2 % ansteigen. Jedoch sind auch immer Besonderheiten zu berücksichtigen. Nach Auswertung diverser Tabellen und der Erfahrungswerte der Vorjahre erscheint aus heutiger Sicht eine Ansatzbildung von 75 Mio. € realistisch zu sein.



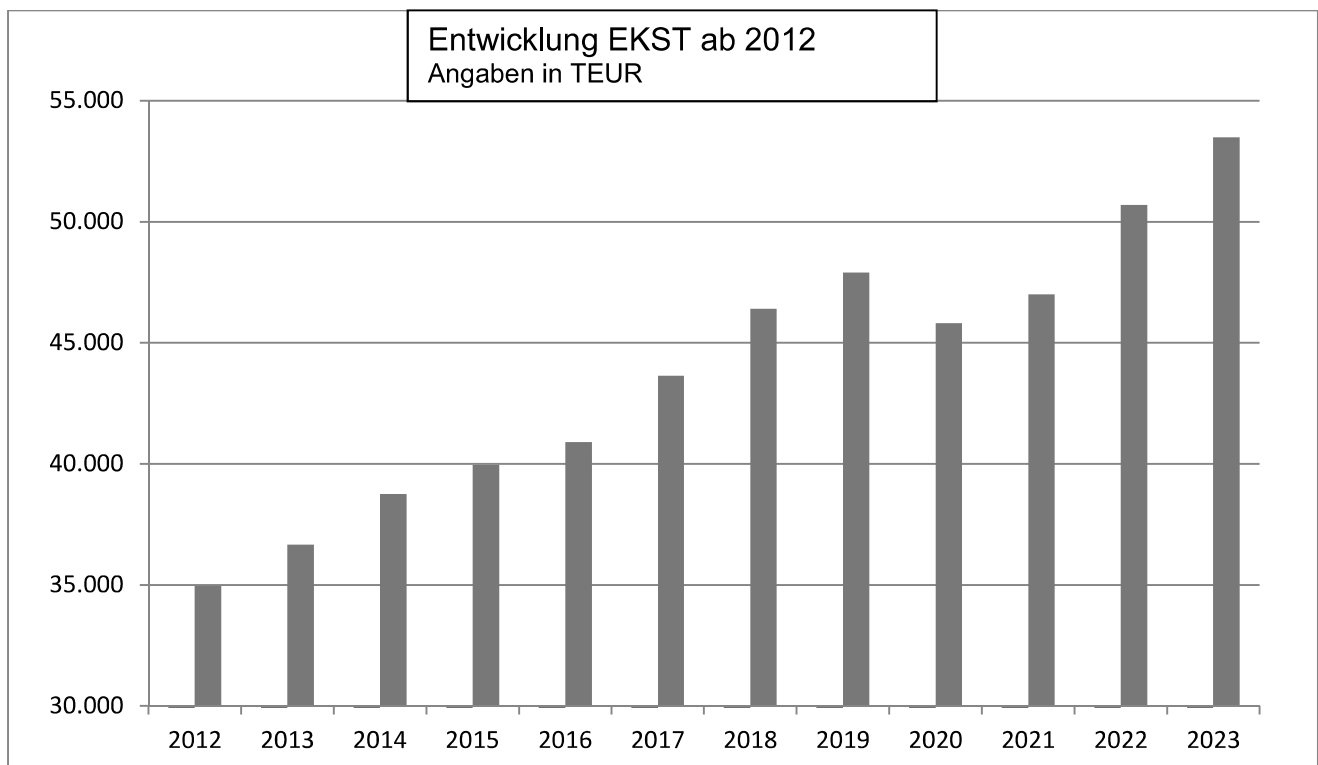
Anmerkung: Abgebildet ist das H-Soll 2022. Das tatsächliche Aufkommen beträgt aktuell mehr als 85 Mio. €.

Gewerbesteuer	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Ansatz T€	71.050	69.000	75.000	78.000	83.000	86.000
plus/minus %	44,1%	-2,9%	8,7%	4,0%	6,4%	3,6%
O.-Daten 11/2022			4,2%	4,9%	6,9%	4,3%

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Diese Ertragsart verzeichnete aufgrund der positiven Lage auf dem Arbeitsmarkt bis einschl. 2019 ein deutliches Plus. Der HH-Ansatz 2022 beträgt 50,7 Mio. €. Aus heutiger Sicht ist unklar, ob der Ansatz erreicht wird. Bis zum Jahresende werden lediglich 46,9 Mio. € vereinnahmt. Dies liegt darin begründet, dass die diversen Entlastungspakete des Bundes auch deutliche Mindererträge des kommunalen Anteils an der Einkommensteuer bei der Zahlung für das 3. Quartal 2022 nach sich gezogen haben. Es bleibt abzuwarten, wie hoch die Schlussabrechnung für 2022 Ende Januar 2023 ausfällt. Die Orientierungsdaten sagen eine Zunahme in 2023 von rd. 5,5 % voraus. Der Ansatz wurde (risikobehaftet) auf 53,5 Mio. € festgesetzt.

Die Maßnahmen zur Dämpfung der mit der kalten Progression verbundenen schleichenden Steuererhöhungen sollen 2023 eine gesamtstaatliche Wirkung von 10 Milliarden Euro haben. Der Deutsche Städtetag geht davon aus, dass sich für die Kommunen bezogen auf den Zeitraum 2023 und 2024 Einkommenssteuerausfälle von rund 4,2 Milliarden Euro ergeben.



Einkommensteuer	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Ansatz T€	49.623	50.700	53.500	55.850	59.400	62.350
plus/minus %	8,4%	2,2%	5,5%	4,4%	6,4%	5,0%
O.-Daten 11/2022		4,6%	5,5%	4,4%	6,4%	5,0%

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Unter Zugrundelegung der Orientierungsdaten sowie der städtischen Schlüsselzahl erfolgte die Ansatzbildung für 2022 (12,5 Mio. €). Aus heutiger Sicht war die Ansatzbildung realistisch. Die Umsatzsteuer wird zum einen positiv tangiert durch die Inflation. Auf der anderen Seite wird sich die schlechtere konjunkturelle Gesamtsituation negativ auswirken.

Die Ansatzbildung (12,8 Mio. €) ist insofern risikobehaftet.

Umsatzsteuer	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Ansätze	14.301	12.500	12.800	13.400	13.800	14.050
Steigerung		-12,60%	2,40%	4,69%	2,99%	1,81%
O.Daten 22.11.2022			1,60%	5,10%	3,20%	2,00%

Grundsteuer B

Der Ertrag der Grundsteuer B wurde in 2022 wegen der erfolgten Erhöhung des Hebesatzes auf 585%-Punkte auf 21,95 Mio. € festgesetzt. Die Erhöhung führt zu dauerhaften Mehrerträgen von rd. 2,2 Mio. €. Das HH-Soll 2023 beträgt 22,1 Mio. €.

b) Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	115.480.935	128.965.350	13.484.415	11,68%

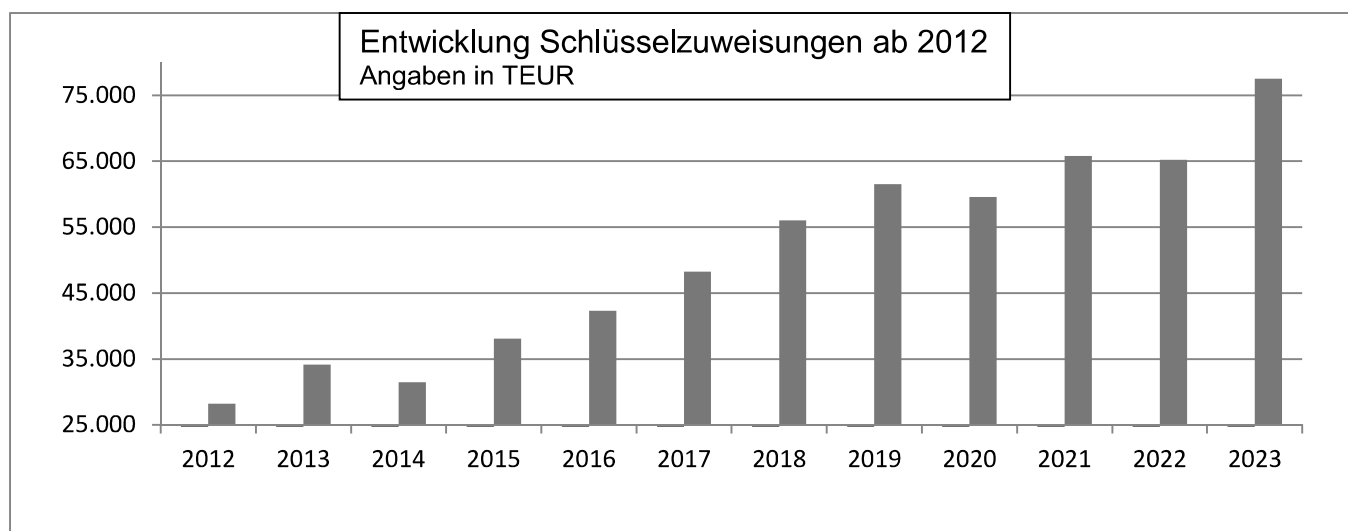
In dieser Ertragsart enthalten sind vor allem die Schlüsselzuweisungen des Landes und konsumtive Zuwendungen, aber auch die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten.

Gegenüber 2022 werden – wegen deutlich höherer Schlüsselzuweisungen - Mehrerträge von rd. 13,5 Mio. € erwartet. Die Gesamtsumme bei dieser Ertragsart beträgt rd. 129 Mio. €.

Schlüsselzuweisungen

Die Höhe der Schlüsselzuweisungen beträgt gem. einer Modellrechnung zum GFG 2023 rd. 77,5 Mio. € und liegt somit um rd. 12,3 Mio. € höher als in 2022.

Obwohl die Steuerkraft der Stadt Siegen in der maßgeblichen Referenzperiode stark gestiegen ist, lag sie vergleichsweise deutlich unter dem Landesdurchschnitt.



Schlüsselzuweisungen	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Ansatz T€	65.810	65.221	77.507	78.900	82.400	86.000
plus/minus %	10,5%	-0,9%	18,8%	1,8%	4,4%	4,4%
O.-Daten 11/2022			8,3%	1,8%	4,5%	4,7%

c) Sonstige Transfererträge

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Sonstige Transfererträge	3.820.000	3.650.000	-170.000	-4,45%

In der Ertragsart „Sonstige Transfererträge“ (rd. 3,7 Mio. €) werden u. a. Erträge von Dritten in der Heim- und Familienpflege sowie Erstattungszahlungen von Unterhaltspflichtigen verbucht. In 2023 erfolgt teilweise die „Neuveranschlagung“ der Schuldendiensthilfen zur Tilgung der Kredite aus dem Programm GUTE SCHULE 2020.

d) Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	28.482.100	30.856.700	2.374.600	8,34%

In dieser Ertragsart enthalten sind insb. die nach §§ 6, 10 KAG NW zu erhebenden Benutzungsgebühren (Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Winterdienst, Bestattungswesen, Rettungsdienst).

Das veranschlagte Gebührenaufkommen soll die voraussichtlichen Kosten nicht übersteigen (Kostenüberschreitungsverbot), andererseits jedoch auch in der Regel decken (Kostendeckungsgebot).

Die Gesamterträge werden auf rd. 30,9 Mio. € geschätzt. Ein Anstieg bei dieser Ertragsart ergibt sich insbesondere bei den Rettungsdienstgebühren (+1,9 Mio. €) und den Müllgebühren (+420 T€).

e) Privatrechtliche Leistungsentgelte

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.702.750	6.100.350	397.600	6,97%

In 2023 wird mit Erträgen in Höhe von rd. 6,1 Mio. € kalkuliert. Neben Mieten, Pachten, Verkaufserlösen und Erbbauzinsen werden hier z. B. die Teilnehmerentgelte der VHS und die Benutzungsentgelte der Bäder verbucht. Durch die Preisentwicklung beim Altpapier konnten insbesondere im Produkt Abfallentsorgung die Erträge aus Verkauf um 390 T€ erhöht werden.

f) Kostenerstattungen und Umlagen

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Kostenerstattungen und Umlagen	8.423.900	9.186.100	762.200	9,05%

Bedeutende Erträge für den städtischen Haushalt bei dieser Ertragsart (rd. 9,2 Mio. €) sind Erstattungszahlungen des Kreises Siegen-Wittgenstein zu den Personal- und Sachkosten der Atemschutzwerkstatt sowie diverse Erstattungszahlungen der Produktbereiche „Jugend und Soziales“. Die Steigerung ggü. 2022 ergibt sich insbesondere durch die Kostenerstattungen im Bereich Asyl – 05.01.02 – sowie im Produkt 06.01.01 für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge.

g) Sonstige ordentliche Erträge

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Sonstige ordentliche Erträge	10.286.900	10.883.400	596.500	5,80%

Unter den sonstigen ordentlichen Erträgen ausgewiesen werden u. a. die Konzessionsabgaben der RWE AG und der SVB GmbH (+320 T€), Erträge aus dem Einbehalt Bike-Leasing (+220 T€) sowie die Verwarnungs- und Bußgelder der Verkehrsüberwachung.

h) Aktivierte Eigenleistungen

Setzt eine Kommune eigenes Personal für aktivierungsfähige Maßnahmen ein, so muss dieser Geschäftsvorfall als Herstellungsaufwand angesehen werden. Beispiel: Einsatz von Ingenieuren für den Bau von Straßen oder Gebäuden.

Nach den Erfahrungswerten der Vorjahre kann mit Erträgen in Höhe von rd. 1,1 Mio. € gerechnet werden.

i) Finanzerträge

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Finanzerträge	5.730.800	5.386.800	-344.000	-6,00%

An Finanzerträgen werden in 2023 insg. rd. 5,4 Mio. € erwartet. Die Ertragsart beinhaltet insbesondere die Gewinnabführung der SVB, der KEG (-400 T€) und der Stromnetzgesellschaft.

j) außerordentlicher Ertrag

Die Veranschlagung des außerordentlichen Ertrages in Höhe von rd. 11,1 Mio. € basiert auf dem Entwurf des „Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften“. Im Einzelnen wird auf die Anlage 1 zum Vorbericht verwiesen.

1.2 AUFWENDUNGEN

Die im Ergebnisplan ausgewiesenen **Aufwendungen** betragen insg. rd. 377,9 Mio. € und verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Arten:

Personalaufwendungen	85.361.985 €	22,6%
Versorgungsaufwendungen	10.363.400 €	2,7%
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	65.328.005 €	17,3%
Bilanzielle Abschreibungen	22.957.200 €	6,1%
Transferaufwendungen	174.290.460 €	46,1%
Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.082.600 €	3,7%
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5.498.600 €	1,5%
SUMME AUFWENDUNGEN	377.882.250 €	100,0%

a) Personalaufwendungen

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Personalaufwendungen	81.452.495	85.361.985	3.909.490	4,80%

Auch und vor allem durch zu erwartende Tarifsteigerungen für die Beschäftigten der Kommunen und (feststehende) Besoldungserhöhungen für den Beamtenbereich (2,8 %) wird der Personalaufwand in 2023 weiter ansteigen. Die Steigerung gegenüber 2022 beträgt rd. 3,9 Mio. € (rd. 4,8 %).

Personalaufwand	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Ansatz T€	82.974	81.452	85.362	87.703	89.178	90.893
plus/minus %	11,2%	-1,8%	4,8%	2,7%	1,7%	1,9%

2021 wird das Rechnungsergebnis angegeben. Wegen „Brutto-Buchungen“ bei den Personalrückstellungen liegt das Ergebnis in der Regel höher als der Planansatz.

Des Weiteren wird auf die ebenfalls zur Sitzung vorgelegte Verwaltungsvorlage zum Stellenplan 2023 verwiesen.

Versorgungsaufwand	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Ansatz T€	9.829	11.346	10.363	10.512	10.601	10.670
plus/minus %	-86,8%	15,4%	-8,7%	1,4%	0,8%	0,7%

Der Versorgungs- und Beihilfeaufwand für ehemalige Bedienstete erhöht sich in 2023 um 300 T€ (+4,6 %) bzw. 100 T€ gegenüber dem Vorjahr. Da sich jedoch auf Grundlage des Heubeck-Gutachtens die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen um rd. 1,4 Mio. € reduzieren, ergibt sich beim Versorgungsaufwand insgesamt eine Reduzierung um rd. 1 Mio. €.

b) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Aufwendungen für Sach- und Dienstleist.	52.335.755	65.328.005	12.992.250	24,82%

Diese Position enthält insbesondere sämtliche Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung des städtischen Vermögens. Weitere große Aufwandspositionen in den „Sach- und Dienstleistungen“ sind die Kosten für Lehr- und Lernmittel sowie die Schülerbeförderung. Insgesamt werden rd. 65,3 Mio. € bereitgestellt. Die deutliche Steigerung erklärt sich insb. in gestiegenen Energiekosten, höheren Bauunterhaltungsmitteln, höheren Kosten für die Unterhaltung der Fahrzeuge, etc.

Die höheren Bewirtschaftungskosten (Gebäude +5,5 Mio. € und Infrastruktur +0,4 Mio. €) durch insb. deutlich gestiegene Energiekosten sind letztlich nicht ergebnisrelevant, weil eine Isolierung dieser Mehrkosten möglich ist (vgl. außerordentlicher Ertrag, Ziffer 1.1. j). Die Baukosten sind deutlich höher gestiegen als die allgemeine Inflationsrate. Insofern war es erforderlich, die Mittel für die allgemeine Bauunterhaltung (Gebäude +2 Mio. € und Infrastruktur +1 Mio. €) deutlich zu erhöhen. Eine Steigerung um rd. 20 % bedeutet letztlich nur die Einhaltung des Niveaus der Vorjahre.

c) Bilanzielle Abschreibungen

Wertminderungen des städtischen Vermögens durch Abnutzung, technischen Fortschritt, etc. sind flächendeckend für den städtischen Haushalt darzustellen.

Die Abschreibungen wurden insg. mit rd. 23 Mio. € kalkuliert. Den Abschreibungen stehen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (Zuschüsse, Beiträge) in Höhe von rd.

11,4 Mio. € gegenüber. Hierbei handelt es sich um erhaltene Zuwendungen Dritter zur Finanzierung von Vermögensgegenständen, die über die Nutzungsdauer des Anlagegutes ertragswirksam aufgelöst werden.

d) Transferaufwendungen

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Transferaufwendungen	160.281.150	174.290.460	14.009.310	8,74%

In den Transferaufwendungen (Summe: rd. 174,3 Mio. €) enthalten sind neben der Kreis- und der Gewerbesteuerumlage vor allem die Beteiligung der Stadt an der Krankenhausfinanzierung, die Zuschüsse im Sozial- und Jugendhilfebereich sowie die freiwilligen Zuschüsse. Insb. der Anstieg der Kreisumlage sowie der Anstieg beim Sozialtransfer führen zu erhöhten Transferaufwendungen.

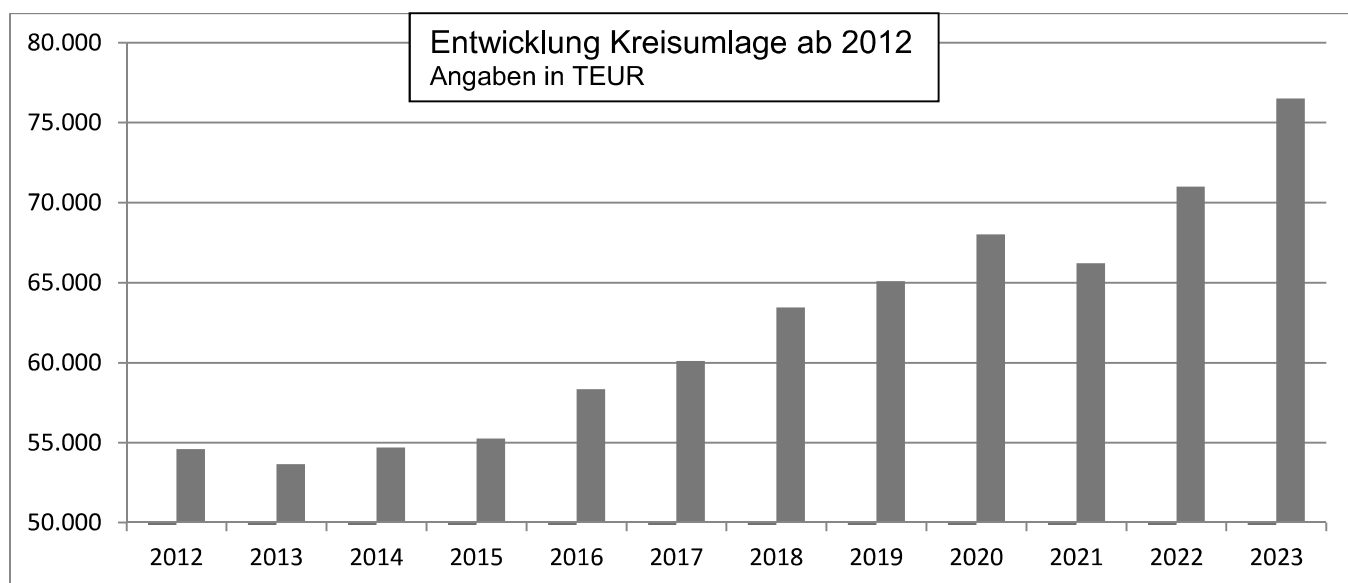
Gewerbesteuerumlage

Die Höhe der Gewerbesteuerumlage orientiert sich an der Einnahmeerwartung bei der „Gewerbesteuer nach Ertrag“. Die sich hieraus ergebende Belastung beträgt im Haushaltsjahr 2023, ausgerichtet an der veranschlagten Einnahmeerwartung bei der Gewerbesteuer nach Ertrag (75 Mio. €), einem Hebesatz von 495 v. H. und 35 Vervielfältigerpunkten, rd. 5,3 Mio. €.

Kreisumlage

Die Zahlungsverpflichtung der Stadt betrug in 2022 auf der Basis eines Hebesatzes von 34,8 %-Punkten rd. 71 Mio. €.

Gemäß „Eckwerteschreiben“ des Kreises zum Haushalt 2023 soll der Hebesatz auf 35,3 %-Punkte (78,8 Mio. €) erhöht werden; die Bürgermeister-Konferenz fordert ein Absenken auf 32,8 %-Punkte (73,2 Mio. €). Die Ansatzbildung geht von einem Kompromiss aus. Der Ansatz beträgt daher aktuell 76,5 Mio. €.



Sozial- und Jugendhilfeeetat

Die Transferaufwendungen beinhalten auch den weit überwiegenden Teil der Sozial- und Jugendhilfekosten.

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Sozialtransfer	80.675.850	84.424.650	3.748.800	4,65%

Der Sozialtransfer steigt insgesamt um rd. 3,7 Mio. € (4,65 %) an. Berücksichtigt werden muss jedoch auch, dass korrespondierende Erträge (LZ KIBIZ, Erstattungen, etc.) ansteigen. Zudem können die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge (infolge des Ukraine-Kriegs) haushaltstechnisch isoliert werden. Dabei handelt es sich jedoch auch um Personal- und Sachkosten.

e) Sonstige ordentliche Aufwendungen

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.708.800	14.082.600	1.373.800	10,81%

Dieses „Konglomerat“ an Aufwendungen summiert sich auf rd. 14,1 Mio. € und beinhaltet:

Aus- und Fortbildungsaufwand, Geschäftsaufwendungen, Mieten, Leasingkosten, Dienst- und Schutzkleidung, Post- und Fernmeldegebühren, Kosten der Wahlen, Versicherungsbeiträge, Steuern, Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Zuschüsse an Fraktionen, etc.. Der Anstieg resultiert insbesondere aus der geänderten Veranschlagung der Aufwendungen zum Bike-Leasing (+600 T€) und dem Mehrbedarf im Produkt 01.01.01 (+278 T€).

f) Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Ertrags- und Aufwandsarten in €	Planung 2022	Planung 2023	Diff.	Diff. %
Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen	3.909.000	5.498.600	1.589.600	40,67%

Insgesamt wird mit Zinsaufwendungen von rd. 5,5 Mio. € gerechnet.

Die Zinsverpflichtungen betreffen sowohl langfristige Kredite als auch die für die Sicherstellung der Liquidität erforderlichen Kassenkredite. Das historisch niedrige Zinsniveau endete zur Jahresmitte 2022. In den kommenden Jahren ist mit stetig steigenden Zinsausgaben zu rechnen.

2. Finanzplan 2023

Finanzplan	2022 EURO	2023 EURO	2024 EURO	2025 EURO	2026 EURO
Laufende Einzahlungen	324.158.025	352.572.700	356.636.700	369.973.950	381.671.750
Laufende Auszahlungen	320.396.303	352.906.098	346.391.238	351.135.675	356.198.456
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.761.722	-333.398	10.245.462	18.838.275	25.473.294
Investive Einzahlungen	24.770.375	19.498.100	16.970.200	21.085.500	16.708.850
Investive Auszahlungen	46.735.510	40.481.500	37.118.900	37.856.300	27.776.800
Saldo aus Investitionstätigkeit	-21.965.135	-20.983.400	-20.148.700	-16.770.800	-11.067.950
Aufnahme/Rückflüsse Darlehen	21.965.000	32.963.698	22.456.000	20.717.000	18.196.000
davon: für Umschuldungen	0	4.928.000	2.308.000	3.947.000	7.129.000
Aufnahme Liquiditätskredite	2.855.163	7.052.698			
Tilgung von Darlehen	6.616.750	11.646.900	12.552.762	22.784.475	32.601.344
davon: für Umschuldungen	0	4.928.000	2.308.000	3.947.000	7.129.000
Tilgung Liquiditätskredite			3.120.462	11.407.475	17.836.344
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	18.203.413	21.316.798	9.903.238	-2.067.475	-14.405.344
Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	0	0	0	0	0

Der Finanzplan enthält die konsumtiven und investiven Ein- und Auszahlungen. Nicht enthalten sind die zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge, wie z. B. Abschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten.

Insgesamt weist der Finanzplan für 2023 eine Liquiditätslücke in Höhe von rd. 7,1 Mio. € aus. Dies bedeutet, dass die Höhe der Kassenkredite entsprechend ansteigen wird. (Zeile: Aufnahme Liquiditätskredite)

Einen wesentlichen Bestandteil des Finanzplans stellen die Investitionen dar. Das für 2023 geplante Investitionsvolumen beträgt rd. 40,5 Mio. €.

Entwicklung der Investitionsausgaben seit 2013:

Jahr	Investitionen in T€
2013	21.203
2014	16.980
2015	25.075 **
2016	18.620
2017	20.980
2018	24.244
2019	19.397
2020	40.240 ***
2021	22.166
2022	46.736
2023	40.482

** Sondereffekt 3,7 Mio. € (Rückzahlung LZ Apollo)

*** Sondereffekt Stromnetzgesellschaft: 10,8 Mio. €

Gute Schule 2020

Die Stadt Siegen erhielt aus dem Landesprogramm „GUTE SCHULE 2020“ in den Jahren 2017 – 2020 jeweils rd. 2,2 Mio. €. Dabei handelt es sich formal um einen Kredit, der sowohl investiv als auch konsumtiv verausgabt werden darf. Der Kreditaufnahme stehen Schuldendiensthilfen entgegen. In der Verwaltungsvorlage Nr. 1538/2017 (Rat 08.11.2017), werden die Maßnahmen benannt, die umgesetzt wurden. Mit Verwaltungsvorlage Nr. 2524/2019 erfolgte eine Fortschreibung der Maßnahmenliste. Von den insgesamt bereitgestellten Mitteln i. H. v. rd. 8,8 Mio. € wurden bisher 6,1 Mio. € verausgabt. Einige Projekte befinden sich noch in der Umsetzung und werden über Haushaltsreste finanziert oder werden neu veranschlagt.

Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

Die Stadt Siegen erhält aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz rd. 5,3 Mio. €. Es handelt sich um eine 90 % Förderung, so dass insg. rd. 5,9 Mio. € umgesetzt werden können.

In der Verwaltungsvorlage Nr. 1167/2016, welche der Rat am 21.12.2016 beschlossen hat, werden die Maßnahmen benannt, die in den Jahren 2017 – 2020 umgesetzt werden sollen. Diese Maßnahmen sind ebenfalls im Haushalt enthalten. Schwerpunktmäßig soll das Projekt „Sanierung Rundturnhalle Morgenröthe“ umgesetzt werden. Gem. Verwaltungsvorlage Nr. 2217/2018 wurde die ursprünglich beschlossene Maßnahme „Brandschutzsanierung KiTa Oranienstraße“ gegen die neue Maßnahme „Dachsanierung Gesamtschule Geisweid“ ausgetauscht. Die Maßnahmen der „1. Tranche“ sind bis auf die Sanierung der Rundsporthalle fertiggestellt. Hier müssen noch Restarbeiten und letzte Ausstattungsmaßnahmen erfolgen. Zur Ausfinanzierung werden im HH 2023 zusätzlich 40 T€ bereitgestellt.

Das Land Nordrhein-Westfalen erhält aus der 2. Tranche des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes des Bundes 1,12 Mrd. €, die den Kommunen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden sollen. Danach entfällt auf die Stadt Siegen ein Anteil von rd. 5,8 Mio. €.

Gemäß Ratsbeschlüssen vom 21.02.2018 (VV Nr. 1731/2018) und 21.11.2018 (VV Nr. 2084/2018) erfolgen der Ausbau der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule, Standort Giersbergstraße, sowie umfangreiche Baumaßnahmen an der Jung-Stilling-Schule mit einer Finanzierung aus der 2. Tranche des KInvFöG NRW. Der Ausbau der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule wurde in 2022 fertiggestellt und die Erweiterung der Jung-Stilling-Schule soll in 2023 abgeschlossen werden. Für Mehrkosten werden hierfür im HH 2023 zusätzliche Mittel i. H. v. 50 T€ bereitgestellt.

Schwerpunkte des Investitionsprogramms (Baumaßnahmen) 2023 sind:

Nr.	Name	Kostenträger	Budget
T120204084	Kreisverkehr Schleifmühlchen	12020400	3.000.000,00
H030102102	Spandauer Schule, Umbau ehem. RS Am Häusling	01130200	2.826.000,00
T090201088	Siegen zu neuen Ufern- Neugestaltung Herrengarten	09020100	2.180.000,00
H080301100	Erweiterung und Sanierung Hallenbad Weidenau	01130200	1.500.000,00
T090201160	RudS, 6. Bew., Stadtmauer 6. BA	09020100	1.085.000,00
T130203011	Verrohrung Eisernbach, Brücke 3154	13020300	990.000,00
I011301001	Allgemeines Grundvermögen	01130100	815.000,00
V120201001	ÖPNV-Beschleunigung, Verkehrsrechner	12020100	792.000,00
T130101101	Skateanlage Goldammerweg	13010100	715.000,00
T080201110	Sanierung Hofbachstadion	08020100	700.000,00
T130203093	Bürbach, Renaturierung im Bereich Am Galgenberg	13020300	684.000,00
I030108023	Maßnahmen Digitalpakt Gesamtschulen	03010802	640.600,00
V020101010	Fahrzeuge Feuerwehr	02010101	638.000,00
T120201030	Neubau Brücke 3071 Hubacher Weg	12020100	625.000,00
H030102103	Diesterwegschule, Erweiterung	01130200	600.000,00
I030106023	Maßnahmen Digitalpakt Gymnasien	03010602	524.100,00
D120201005	Deckschichterneuerung Seelbacher Weg	12020100	500.000,00
D120201008	Deckschichterneuerung Oranienstraße	12020100	500.000,00
I011301005	Vorausschauender Flächenerwerb	01130100	500.000,00
I120201002	Verkehrssignalanlagen	12020100	500.000,00
T120201124	ZOB Geisweid	12020100	500.000,00
T120201129	Neubau Brücke 3008 Hufeisenbrücke	12020100	500.000,00
T130203094	Deichanlage Siegufer Niederschelden	13020300	500.000,00
V080301001	Hallenbad Eiserfeld, Lüftungsanlagen	08030100	500.000,00
V100101001	Anschaffung von Wohncontainern	10010102	500.000,00
H090201201	DIEK, Bürgerhaus Seelbach, Innensanierung	09020100	465.000,00
T130203089	Weiß, Renaturierung im Bereich Haus der Musik	13020300	450.000,00
I120201000	Ausbau von Gemeindestraßen	12020100	400.000,00
V040501100	Ob. Schloss, Erneuerung Lüftungsanlage Bischofhaus	04050100	388.000,00
H030106102	Gymnasium Auf der Morgenröthe, Erneuerung NW-Räume	01130200	350.000,00
T120201130	Neubau Radweg Auf der Schemscheid	12020100	350.000,00
T130203018	Verrohrung Fludersbach	13020300	324.000,00
I020101011	Alarmsystem	02010101	300.000,00
T130203012	Verrohrung Trupbach, Brücke 3020	13020300	300.000,00
V110101001	Fahrzeuge Abfallentsorgung	11010100	290.000,00
I030103023	Maßnahmen Digitalpakt Hauptschulen	03010302	288.000,00
H130101000	Stadtgärtnerei, Neubau Sozialgebäude	01130200	280.000,00
T130203015	Verrohrung Sohlbach Brücke 3131	13020300	270.000,00
V080201109	Kunstrasenplatz Glückauf-Kampfbahn	08020100	270.000,00
V080201111	Kunstrasenplatz Sportplatz Giersberg	08020100	270.000,00
D120203001	Deckschichterneuerung Koblenzer Straße	12020300	250.000,00
H011101100	RH Geisweid, Archiv im ehem. Ratskeller, 2. BA	01130200	250.000,00
T120203100	Neubau Brücke 3001 Koblenzer Straße	12020300	250.000,00
V120101001	Fahrzeuge Straße und Verkehr	12010100	250.000,00

Nr.	Name	Kostenträger	Budget
H060201120	Kita Tiergartenstraße	06020100	245.000,00
T130203013	Verrohrung Sohlbach, Brücke 3083	13020300	240.000,00
I030107023	Maßnahmen Digitalpakt Förderschulen	03010702	234.000,00
D120201009	Deckschichternewerung Schultestraße	12020100	230.000,00
I130301000	Friedhofs- und Bestattungswesen	13030100	228.000,00
H060201118	Kita Hallenbad Eiserfeld, Ausstattung Neubau	06020100	210.000,00
I030102020	Medienentwicklungsplanung Grundschulen	03010202	210.000,00
I170101000	Joseph-Balogh-Stiftung	17010100	205.900,00
H030102107	Grundschule Eiserfeld, Sanierung und Brandschutz	01130200	200.000,00
I011301002	Grunderwerb Gewerbeflächen	01130100	200.000,00
I020101000	Feuerschutz u. techn. Hilfeleistung	02010100	200.000,00
I120201089	Haltestellenprogramm	12020100	200.000,00
I130101002	Kinderspielplätze	13010102	200.000,00
T120201039	Wendeanlage Münterweg	12020100	200.000,00
T120201119	Neubau Stützmauer Dr. Ernst-Straße	12020100	200.000,00
T120203097	Ausbau L533 Siegenger Straße	12020300	200.000,00
I040701000	Apollo Theater	04070100	185.000,00
V030104010	Naturwissenschaftsraum Realschule am Oberen Schloss	03010401	185.000,00
V030106010	Gymn. A. d. Morgenröthe, Naturwissenschaftl. Raum	03010600	180.000,00
V130101004	Fahrzeuge Grünflächen	13010100	180.000,00
I020101900	Feuerschutz u. techn. Hilfeleistung Dienst-/Schutz	02010100	170.000,00
I030102013	Bewegliches Vermögen und Lehrmittel Gundschen	03010201	170.000,00
H080201100	Leimbachstadion, Neubau WC-Anlage	01130200	166.000,00
I120101003	Fahrradboxen Oberstadt	12010100	160.000,00
H030108011	Gesamtschule Eiserfeld, Energetische Sanierung	01130200	150.000,00
T130203016	Verrohrung Leimbach Brücke 3018	13020300	150.000,00
I030100000	Schulbaumaßnahmen unter der Wertgrenze	01130200	142.000,00
I030108020	Medienentwicklungsplanung Gesamtschulen	03010802	140.000,00
I030102023	Maßnahmen Digitalpakt Grundschulen	03010202	133.900,00
I120101002	Baumaßnahmen Barrierefreiheit	12010100	133.000,00
I020201003	Maschinen und Geräte	02020100	130.000,00
T120203104	Neubau Stützmauer Hauptstraße/Blumertsfeld	12020300	125.000,00
V011302100	Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden	01130200	125.000,00
V130301001	Fahrzeuge Bestattungswesen	13030100	125.000,00
I030106020	Medienentwicklungsplanung Gymnasien	03010602	120.000,00
I120101001	Maßnahmen Verkehrsberuhigung / Schulwegsicherung	12010100	120.000,00
I130101000	Öffentliches Grün	13010100	120.000,00
H120101000	Radabstellanlagen an Bahnhöfen	12010100	110.000,00
I040501000	Museum	04050100	107.000,00
I140101001	Klimaschutzmaßnahmen	14010101	101.000,00
H011101103	Rathaus Geisweid, Herrichtung Büros	01130200	100.000,00
H030100100	Fahrradabstellanlagen bei Schulen	01130200	100.000,00
V030108105	GS A.d.Schießberg, naturwissenschaftl. Sammlung	03010800	100.000,00

Maßnahmen > 100 T€;

Summe der Liste:

35,94 Mio. €

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit beinhalten im Wesentlichen die veranschlagten Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen (rd. 18 Mio. €) sowie Veräußerungserlöse (rd. 1,4 Mio. €).

Auf der Auszahlungsseite veranschlagt sind im Wesentlichen Baukosten in Höhe von rd. 31,5 Mio. € sowie der Erwerb von Grundstücken (1,6 Mio. €) und beweglichem Vermögen (rd. 6,8 Mio. €).

Die geplante Kreditaufnahme beträgt rd. 21 Mio. €, die Höhe der Tilgungsleistungen (ohne Umschuldungen) beläuft sich auf rd. 6,6 Mio. €, so dass eine (investive) Verschuldung von rd. 14,4 Mio. € eingeplant ist.

Im Einzelnen wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen, die die Entwicklung der Bilanzposition „Verbindlichkeiten“ für den Planungszeitraum darstellt.

	2022	2023	2024	2025	2026	Summe 2022 - 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	46.735.510	40.481.500	37.118.900	37.856.300	27.776.800	189.969.010
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	24.770.375	19.498.100	16.970.200	21.085.500	16.708.850	99.033.025
Saldo	-21.965.135	-20.983.400	-20.148.700	-16.770.800	-11.067.950	-90.935.985
Kreditaufnahme -investiv-	21.965.000	20.983.000	20.148.000	16.770.000	11.067.000	90.933.000
Tilgung -investiv-	6.500.000	6.600.000	7.000.000	7.300.000	7.500.000	34.900.000
Ent-/Verschuldung - Investitionskredite -	-15.465.000	-14.383.000	-13.148.000	-9.470.000	-3.567.000	-56.033.000
Ent-/Verschuldung - Liquiditätskredite -	-2.855.163	-7.052.698	3.120.462	11.407.475	17.836.344	22.456.420
Saldo Verbindlichkeiten	-18.320.163	-21.435.698	-10.027.538	1.937.475	14.269.344	-33.576.580

Die Verbindlichkeiten werden demnach lt. Plan von 2022 – 2026 um rd. 33,6 Mio. € zunehmen. In 2022 wird die geplante Entwicklung nicht eingetreten. Vor allem durch die gute Entwicklung der Ist-Einzahlungen bei der Gewerbesteuer wird bei den Kassenkrediten ein deutlicher Abbau (Prognose rd. 20 Mio. €) erfolgen. Insofern wird sich am Ende des Planungszeitraums eine deutlich geringere zusätzliche Verschuldung ergeben.

Es ist jedoch zu beachten, dass das mit Abstand größte Investitionsvorhaben der Stadt (Hallenbad Weidenau) noch nicht in der Investitionsplanung enthalten ist.

Gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 2 KomHVO NRW soll der Vorbericht Aussagen darüber enthalten, wie sich die wesentlichen Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen, das Vermögen, die Verbindlichkeiten und die Zinsbelastungen sowie die Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährverträgen und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften in den beiden dem Haushaltsjahr vorangegangenen Haushaltsjahren entwickelt haben und voraussichtlich im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraums entwickeln werden.

Die Entwicklung der wesentlichen Erträge und Aufwendungen wurde eingehend erläutert. Insofern wird auf diese Passagen verwiesen.

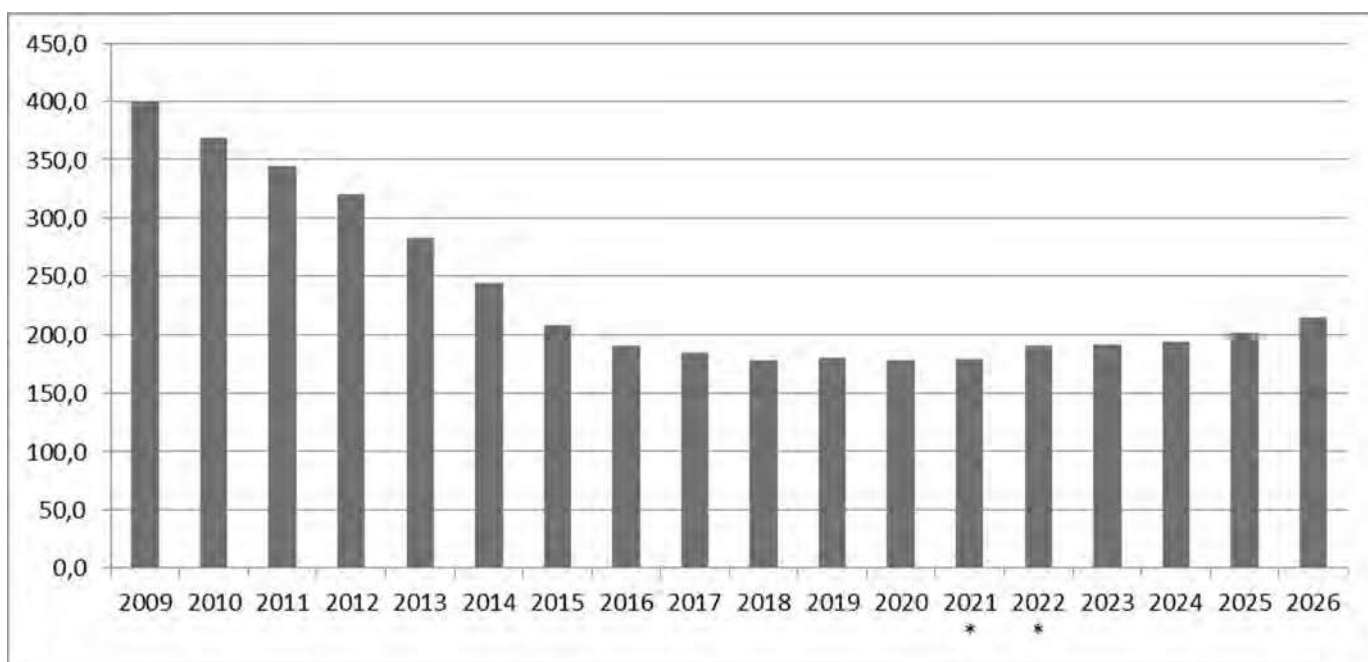
Die Schlussbilanz des Jahres 2020 weist eine Bilanzsumme von rd. 1,04 Mrd. € aus.

Aktiva	Mio. €	Passiva	Mio. €
Anlagevermögen	985,1	Eigenkapital	178,6
Umlaufvermögen	37,7	Sonderposten	302,5
Aktive Rechnungsabgrenzung	8,7	Rückstellungen	152,6
		Verbindlichkeiten	372,6
		Passive Rechnungsabgrenzung	33,0

Es ist davon auszugehen, dass die erheblichen Investitionen im Planungszeitraum dazu führen, dass das Anlagevermögen mindestens konstant bleibt. Die geplante Netto-Neuverschuldung im investiven Bereich führt aufgrund der derzeitigen Zinskonditionen zu nicht unerheblichen Mehrkosten, welche sich allmählich aufbauen werden. Im Übrigen wird auf die Übersichten Nr. 16 und 17 (Verbindlichkeiten und Bürgschaften) verwiesen.

Nach § 7 Abs. 2 Nr. 3 KomHVO NRW werden im Vorbericht Aussagen darüber erwartet, wie sich das Jahresergebnis und das Eigenkapital im Haushaltsjahr und in den dem Haushaltsjahr folgenden drei Jahren entwickeln werden und in welchem Verhältnis diese Entwicklung zum Deckungsbedarf des Finanzplans steht.

Entwicklung des Eigenkapitals:



Nur noch im Jahr 2020 wurde ein geringfügiger Abbau des Eigenkapitals verbucht. Sodann soll der Ergebnisplan ausgeglichen sein bzw. Überschüsse erwirtschaftet werden. Das Eigenkapital wächst dementsprechend wieder an.

Der Finanzplan wird –wie oben dargestellt – ab dem Jahr 2024 positive Salden ausweisen, so dass Kassenkredite abgebaut werden können. Ab 2024 wird ein Finanzmittelüberschuss (Zeile 32 Finanzplan) erreicht.

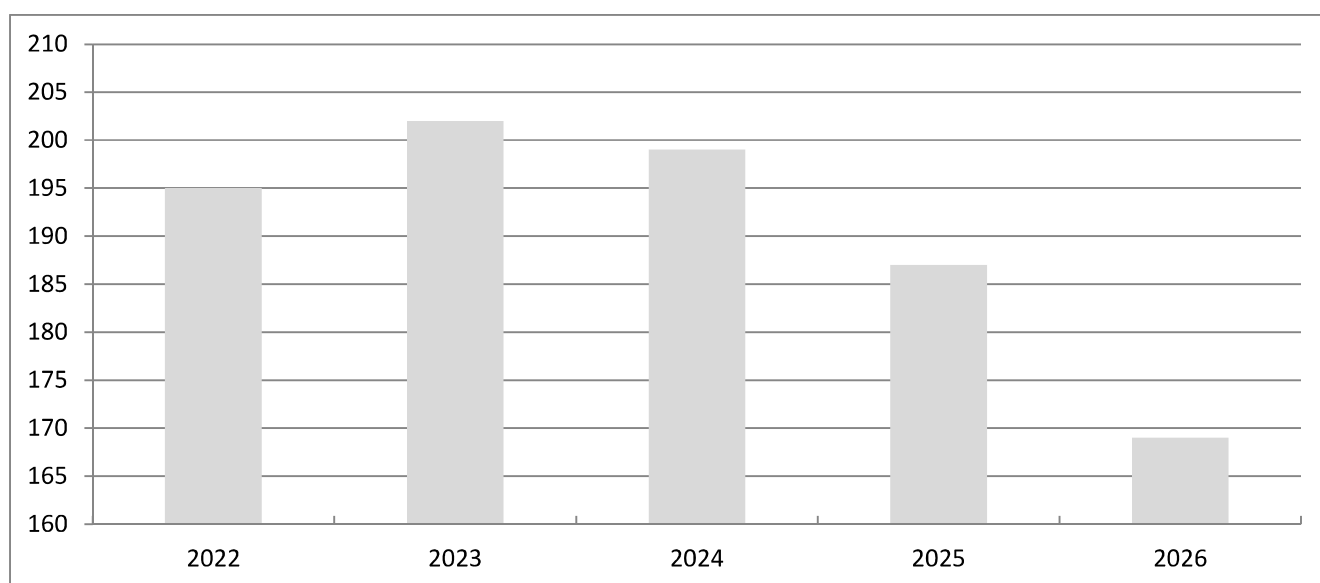
Auf Grundlage des § 7 Abs. 2 Nr. 5 KomHVO NRW sind künftig im Vorbericht auch Angaben darüber zu machen, wie sich der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit entwickeln wird unter besonderer Angabe der Entwicklung der Kredite zur Li-

liquiditätssicherung inklusive eines darzustellenden Abbaupfades. Die beiden relevanten Zeilen des Finanzplans sind nachfolgend aufgeführt:

Pos. /Name	2023	2024	2025	2026
17 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-333.398	10.245.462	18.838.275	25.473.294
37 Saldo aus Finanzierungstätigkeit (ohne Kassenkredite)	14.264.100	13.023.700	9.340.000	3.431.000
38 Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	-7.052.698	3.120.462	11.407.475	17.836.344
Stand der Liquiditätskredite zum 31.12.	-202.052.698	-198.932.236	-187.524.761	-169.688.417
Anfangsbestand 01.01.2023 (geschätzt)	-195.000.000			

Die Höhe der Kassenkredite beträgt derzeit rd. 210 Mio. €. In 2021 und 2022 konnten insb. aufgrund der guten Entwicklung der Gewerbesteuer Liquiditätskredite in Höhe von 22,5 Mio. € (2021) bzw. 20 Mio. € (Prognose für 2022) abgebaut werden. Die 200 Mio. € - Grenze wird zum 31.12.2022 voraussichtlich deutlich unterschritten.

Prognose Entwicklung Kassenkredite (Angaben in Mio. €)



Nach § 7 Abs. 2 Nr. 7 KomHVO NRW soll im Vorbericht aufgeführt werden, welche wesentlichen haushaltswirtschaftlichen Belastungen sich insbesondere aus der Eigenkapitalausstattung und der Verlustabdeckung für andere Organisationseinheiten und Vermögensmassen, aus Umlagen, aus Straßenentwässerungskostenanteilen, der Übernahme von Bürgschaften und anderen Sicherheiten sowie Gewährverträgen ergeben werden oder zu erwarten sind.

Im Jahr 2023 sind folgende haushaltswirtschaftlichen Belastungen zu erwarten:

- Straßenentwässerungsanteil in Höhe von 3.210.000 €, der an den Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (Sondervermögen) zu zahlen ist.
- Verbandsumlage an den Zweckverband Südwestfalen IT in Höhe von rd. 824 T€

3. Zusammenfassende Bewertung des Haushaltes 2023

Seit 2015 wurde in der Finanzplanung davon ausgegangen, dass das Haushaltsjahr 2022 ausgeglichen ist. Mit Vorlage des Haushalts 2022 wurde dieses Ziel tatsächlich erreicht.

Im Ergebnis ist im Jahr 2022 mit einer Rekord-Einnahme an Gewerbesteuern in Höhe von mehr als 85 Mio. € zu rechnen. Dies passt überhaupt nicht zum Bild der konjunkturellen Lage, welches im Moment gezeichnet wird.

Inflation, Rezession – vermutlich werden deren negative Folgen sich ein wenig zeitversetzt in den Steuererträgen auswirken. Es erscheint nahezu unmöglich, aus heutiger Sicht eine verlässliche Prognose zum Gewerbesteueraufkommen 2023 ff abzugeben.

Darüber hinaus ist immer daran zu denken, dass der Haushalt durch die „Isolierung“ geschönt wird. Die Probleme /Defizite werden in die Zukunft geschoben und: es fließt kein echtes Geld.

Ohne die „Isolierung“ hätte der Haushalt 2023 ein Defizit von mehr als 10 Mio. €!

Die Stadt verlässt erstmals im neuen Jahrtausend (lässt man das Einführungsjahr des NKF 2009 außer Betracht) das HSK. Der Haushalt muss insofern der Aufsichtsbehörde nur angezeigt werden.

Rein materiell bleiben die alten Probleme:

Die Personal- und Transferaufwendungen steigen Jahr für Jahr stärker an als es die Finanzplanung vorsieht.

Die Prognosen für die Steuererträge der Planjahre sind mit vielen Unsicherheiten verbunden.

In 2023 kommt hinzu:

Die Zinskosten steigen deutlich an. Die Zeiten, in denen die Stadt mit ihren Schulden Geld verdienen konnte, sind vorbei.

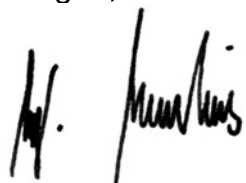
Die Energiekosten sind exorbitant gestiegen. Es stellt sich insbesondere die Frage, wie hoch sie nach 2024 sind, wenn die Preisbremsen des Bundes auslaufen.

Aktuell kann darüber hinaus niemand mit Gewissheit sagen, ob es nicht doch noch mal zu einem Lockdown kommt und vor allem: wie sich die Lage in der Ukraine entwickelt.

Das Gesetz zur Isolation des Corona/Ukraine-Schadens hat den Charme, dass die meisten Kommunen ihren haushaltsrechtlichen Status einhalten können und nicht in den „Not-Haushalt“ abrutschen. Es ist schon heute darauf hinzuweisen, dass dieser Betrag auch wieder zu tilgen ist. Dies wiederum führt dann ab 2026 zu nicht unerheblichen Belastungen.

Es soll an dieser Stelle nicht verhehlt werden, dass der vorliegende Haushalt 2023 ertragsseitig durchaus optimistisch kalkuliert ist. Ob es tatsächlich in 2023 zu diesen Erträgen im Lichte der aktuellen Geschehnisse kommt, bleibt abzuwarten.

Siegen, im Dezember 2022

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'W. Cavelius', written in a cursive style.

Wolfgang Cavelius
Stadtkämmerer

Anlage 1 zum Vorbericht 2023 - Berechnung des "Corona/Ukraine-Schadens" ANGABEN in T€													2026: + rd. 2 %	
	FP 2020		FP 2023		DIFFERENZ	FP 2022		FP 2023		DIFFERENZ	FP 2022		DIFFERENZ	
	2023		2023			2024		2024			2025			2026
1. Erträge														
Einkommenssteuer	57.300		53.500	-	3.800	56.000	55.850	-	150	59.000	59.400	60.200	2.150	
Umsatzsteuer	13.750		12.800	-	950	13.000	13.400	400	400	13.200	13.800	13.460	590	
Summe Mindererträge				-	4.750			-	150				-	
2. Aufwendungen														
Sachausgaben Corona - pauschal -			90	90				-					-	
Mehraufwand Unterbringung Ukraine Flüchtlinge im Produkt 05 01 02				1.807				757	757				757	
Mehraufwand Energiekosten (davon 80 %)	8.113		13.624	4.409			12.566	3.563	2.714		11.506		10.492	
Summe Mehraufwand				6.306				4.320	3.471				2.660	
= Corona/Ukraine-Belastung				11.056				4.470	3.471				2.660	
												Summe 2023 - 2026	21.657	
												plus Corona Schaden RE 2020 (IST)	7.815	
												plus Corona Schaden RE 2021 (Prognose)	500	
												plus Corona Schaden RE 2022 (Prognose)	500	
												SUMME	30.472	
												Abschreibung ab 2026		
Die Landesregierung NRW hat einen Gesetzesentwurf zur Änderung des NKF-CIG (Isolation von „Corona-Schäden“) vorgelegt. Kurz gesagt sollen nunmehr auch die aus dem Ukraine-Krieg sich ergebenden Haushaltsverschlechterungen (einschließlich Mehraufwendungen für die Energieversorgung) isoliert werden. Grundlage des Entwurfes des NKF-CUG ist das bisherige NKF-CIG. Das Instrument der Isolation ist weiterhin als verpflichtend anzuwendendes Instrument ausgestaltet. Mit einer Verabschiedung des Gesetzes ist erst im Dezember zu rechnen. Ob es danach zeitnah Muster bzw. genauere Regelungen zur Bestimmung des Ukraine-Schadens gibt, ist ungewiss. Die Isolierung pandemiebedingter Haushaltsbelastungen soll nur noch in 2023 (Haushaltsplanung und Jahresabschluss) möglich sein. Eine Isolierung in der mittelfristigen Finanzplanung ist nicht mehr vorgesehen. Die Isolierung von Belastungen der kommunalen Haushalte durch den Krieg in der Ukraine soll in 2023 (Haushaltsplanung und Jahresabschluss) einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung erfolgen. Die Abschreibung der Bilanzierungshilfe soll im Haushaltsjahr 2026 beginnen. Was kann „isoliert“ werden? Die Stadt wird nicht unerhebliche Mehraufwendungen insb. bei Strom und Gas verzeichnen. Aus heutiger Sicht ungewiss ist, inwieweit die angedachten Strompreis- und Gaspreisbremsen wirken. Zu Corona-Zeiten bestand die „Corona-Isolation“ insb. aus Steuerausfällen (Gewerbe-, Einkommen-, Umsatzsteuer). Auch der Ukraine-Krieg wirkt sich mittelbar auf die Steuererträge aus. So werden beispielsweise teilweise die diversen Hilfspakete auch über die Einkommensteuer finanziert. Die Nicht-Verfügbarkeit von Energie bzw. deren hoher Preis führt zu Inflation, höheren Kosten der Unternehmen, höheren Lohnforderungen der Gewerkschaften, höheren Zinsen, etc. pp. Es stellt sich daher die Frage, welche Kostenarten in die durchzuführende Berechnung einbezogen werden. Folgende Regelungen werden vorgeschlagen: Prämisse: Der Corona/Ukraine-Schaden ist verpflichtend zu ermitteln bzw. zu veranschlagen. Vom Grundsatz her sollte er im Hinblick auf die Belastung kommender Generationen übersichtlich und praktikabel gestaltet werden. - Bei den Energiekosten ist davon auszugehen, dass auch ohne den Ukraine-Krieg eine deutliche Kostenenerhöhung stattgefunden hätte. Insofern wird vorgeschlagen auf der Basis der HH-Solls 2022 für die Bewirtschaftungskosten 80 % der Differenz zu 2023 zu isolieren. - Isoliert wird natürlich auch der eigentliche Personal-/Sach- und Transferaufwand bzgl. der Ukraine-Flüchtlinge im Produkt 050102 (insb. auch Außenstelle Kredenbach) - Weiterhin wird in jedem Falle auch der (etwaige) Minderertrag bei der Umsatz-, Einkommensteuer und Gewerbesteuer „kriegsbedingt“ isoliert. - Höhere Zinskosten und/oder sonstige (mittelbar höhere) Personalkosten werden grundsätzlich nicht isoliert. Es ist sehr spekulativ, wie sich die Zinsen und oder Personalkosten (insb. durch Tarifiersteigerungen) ohne den Ukraine-Krieg entwickelt hätten.														